

# Jenseits des Wachstums?!

Ökologische Gerechtigkeit. Soziale Rechte. Gutes Leben.

Kongress  
20.-22. Mai '11  
TU Berlin



**Werner Rätz**, Autor und freiberuflicher Referent; Mitglied der Attac-AG „Genug für Alle“

## **Podium 7: Postwachstumsökonomie demokratisch gestalten: Markt, Plan, Solidarische Ökonomie?**

Eine Gesellschaft, die menschenrechtlich gebotene Teilhabe über hohe Einkommen auf dem Markt sicherstellen wollte, würde die Individuen dazu führen, dass jede immer von allem soviel haben wollte, dass sie selbst auf keinen Fall zu kurz kommt. Das hat etwas mit der Marktlogik als solche zu tun. Märkte sind niemals neutrale Orte, wo alles möglich ist, sondern sie folgen einer inneren Ordnung. Im Kapitalismus ist dies die Ordnung der Kapitalvermehrung. Es wird auf kapitalistischen Märkten dauerhaft nur das geben, was auch verkauft werden kann, denn schließlich investiert niemand in die Produktion von irgendetwas, weil sie die konkreten Dinge, Häuser oder Panzer oder Lebensmittel, so toll findet und riesige Mengen davon haben will, sondern um die Dinge zu verkaufen und das eingesetzte Kapital mit einem Zuschuss wieder herauszubekommen. Die Logik des kapitalistischen Marktes führt also dazu, dass es dort nur das zu kaufen gibt, was zahlungskräftig nachgefragt wird, und nicht etwa das, was Leute noch so dringend benötigen, die über kein Geld verfügen. Die bleiben ausgeschlossen. Und gleichzeitig führt sie dazu, dass all das im Überfluss und jenseits aller Notwendigkeit des Gebrauchs produziert wird, was irgendwer bezahlen könnte. Ein bedingungsloses Grundeinkommen ändert an dieser Logik gar nichts. Wer eine Gesellschaft will, die menschenrechtliche Teilhabe und ökologische Verträglichkeit verbindet, muss anderen Strukturen folgen als der Marktlogik.

Die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und Reichtum kann auch jenseits des Marktes gewährleistet werden. Wie könnten selbstbestimmte und selbstgestaltete Formen der Reproduktion und Produktion aussehen, die sich auf der Höhe des technischen Fortschritts und eines umfassenden Versorgungsniveaus bewegen würden? Die Debatte um Allgemeingüter bietet eine Vielzahl interessanter Anknüpfungspunkte. Sie hat den unschätzbaren Vorteil konkreter Projekte, an denen konkrete Gemeinschaften hier und jetzt anfangen können zu bauen.

Dieser Bezug auf Gemeinschaften ist gleichzeitig ihr Nachteil. Gemeinschaften sind per definitionem Teilmengen von Gesellschaft. Was sie besitzen und benutzen, steht nicht allen und jeder zur Verfügung. Den Blick auf das Ganze von Gesellschaft eröffnet die soziale Infrastruktur. Sie steht tatsächlich jeder zur Verfügung oder kann dies zumindest grundsätzlich, wenn sie barrierefrei organisiert wird. Grundsätzlich ist eine Gesellschaft vorstellbar, in der all das an Voraussetzungen öffentlich bereitgestellt wird, was erforderlich ist, damit das Notwendige und Sinnvolle getan werden kann. Das wäre sozusagen ein nichtmonetäres Grundeinkommen. Ein solches Konzept würde große Teile des gesellschaftlichen Reichtums in eine bedarfsorientierte Ökonomie lenken und den Kapitalkreisläufen zumindest teilweise entziehen.

Aber so wie die Schwäche des Allgemeingüterdiskurses die Stärke des Infrastrukturkonzeptes ist, so ist umgekehrt dessen Stärke seine Schwäche: Gesellschaftliche Infrastruktur kann man nicht einfach

anfangen zu machen. Gesellschaftlichkeit muss immer allumfassend sein und kann damit nur erkämpft werden. In einem Verständnis Globaler Sozialer Rechte gewinnen alle drei Elemente einen gemeinsamen Horizont.

Menschenrechte gelten global und für alle. Da kann niemand außen vor gedacht werden, ohne die ganze Idee zu zerstören. Aber Trägerinnen der Menschenrechte sind die Individuen, ihre globale Dimension besteht in der Addition jeder Einzelnen. In diesem Sinne ist es wichtig, dass genau die Individuen, in welcher Zusammensetzung auch immer, damit anfangen können, ihre Bedürfnisse zu verwirklichen, indem sie etwa Allgemeingüter schaffen. Aber eine Addition Einzelner setzt neben allen Einschlüssen immer auch Ausschlüsse.

Dagegen adressiert „Sozial“ Gesellschaftlichkeit schlechthin. Es geht nicht um bloße Interessen einer armen und unterprivilegierten Klientel, sondern darum, was das denn wäre, das gute Leben aller. Was wären denn die dafür notwendigen Güter und Dienstleistungen, die also die Not wenden? Und wie sollen sie produziert werden? Damit sind die Macht- und die Eigentumsfrage gestellt. Und schließlich geht es um Rechte, womit die Frage der Kämpfe aufgerufen ist, ohne die Rechte zwar nicht bedeutungslos, aber letztlich immer unsicher sind.